

Politik : die Arbeitslosenversicherung ins finanzielle Gleichgewicht bringen

Autor(en): **Lenzin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **37 (2010)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910232>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

die Christlichdemokraten (CVP) erachteten das Abkommen zwar als unschön, aber notwendig, um Unbill von der UBS und der Schweizer Wirtschaft abzuhalten. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) lehnte das Abkommen grundsätzlich ab, weil sie das Bankgeheimnis nicht preisgeben wollte. Sozialdemokraten (SP) und Grüne machten ihre Zustimmung von Sondersteuern auf Boni und einer strengeren Regulierung der Banken abhängig. Da FDP und CVP allein keine Mehrheit im Parlament haben, schien ein Ja nur mit Zugeständnissen an die Linke möglich. Doch im letzten Moment rückte die SVP von ihrem Nein ab. Um eine Bonisteuer zu verhindern, wie sie selbst sagte – auf Druck der Wirtschaft, wie ihre Kritiker meinten.

Verkehrte Welt im Parlament

So ergab sich eine ziemlich paradoxe Situation: Die SVP als vehemente Verteidigerin des Bankgeheimnisses half mit, dieses aufzuweichen; und die SP, die es seit Jahren kritisiert, hat es als einzige verteidigt. Allein schon dies zeigt, wie stark die Debatte von parteipolitischen Kalkül geprägt war. Zum Schluss setzten sich schliesslich diejenigen Kräfte durch, die den Vertrag ohne Bedingungen verabschieden wollten. Allerdings sind damit die Diskussionen um hohe Boni und eine strengere Bankenregulierung noch nicht vom Tisch. Im Prinzip sind sich alle Parteien einig, dass die «too big to fail»-Problematik zu lösen ist. Es soll nie mehr zur staatlichen Rettung einer Grossbank kommen müssen. Am ehesten dürfte dies über höhere Eigenkapitalquoten der Banken zu erreichen sein. Über die konkrete Ausgestaltung entsprechender Massnahmen herrscht jedoch (noch) keine Einigkeit.

Die Arbeitslosenversicherung ins finanzielle Gleichgewicht bringen. Die Krise liess das Defizit der Arbeitslosenversicherung weiter steigen. Bundesrat und Parlament wollen sie mit Mehreinnahmen und Leistungskürzungen sanieren. Gewerkschaften und Linke haben das Referendum ergriffen. Von René Lenzin

Die aktuelle Finanzierung der schweizerischen Arbeitslosenversicherung (ALV) ist auf durchschnittlich 100 000 erwerbslose Personen ausgerichtet. Zurzeit beträgt ihre Zahl jedoch gut 150 000, und der anvisierte Durchschnittswert war nicht einmal in der Hochkonjunktur unterschritten worden. Daher hat die ALV Schulden von neun Milliarden Franken angehäuft. Diese sind nicht nur auf die aktuelle Krise zurückzuführen, sondern auf ein strukturelles Defizit, das heisst auf ein permanentes Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben. Mit einem Mix aus höheren Prämien und Leistungskorrekturen sollen die Schulden abgebaut und die Versicherung wieder ins finanzielle Gleichgewicht gebracht werden. Vorgesehen sind folgende Massnahmen:

Mehreinnahmen (646 Millionen Franken pro Jahr): Die Abzüge auf den versicherten Einkommen (bis 126 000 Franken) werden von 2 auf 2,2 Prozent erhöht. Auf dem Lohnanteil von 126 000 bis 315 000 Franken wird neu ein Prozent erhoben.

Einsparungen (622 Millionen Franken pro Jahr): Arbeitslose ohne Kinder sind künftig verpflichtet, auch eine Arbeit anzunehmen, die ihren Qualifikationen nicht entspricht. Unter 25-Jährige ohne Unterhaltspflichten haben nur noch Anrecht auf 200 statt wie

bisher auf 400 Taggelder. Arbeitslose, die höchstens zwölf Monate lang Beiträge geleistet haben, erhalten nur noch 260 anstelle von bisher 400 Taggeldern. Schul- oder Studienabgänger müssen 120 Tage warten, bis sie ALV-Leistungen beziehen können. Staatliche Beschäftigungsprogramme werden nicht mehr als Beitragszeit angerechnet.

Der Nationalrat hat die Vorlage mit 91 zu 64 Stimmen verabschiedet, der Ständerat mit 32 zu 12. Der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien erachteten die Revision als ausgewogenen Kompromiss. Die Schweizerische Volkspartei und die Freisinnigen wollten zwar beim Leistungsabbau noch weiter gehen, haben der Revision aber schliesslich mit Blick auf eine mögliche Volksabstimmung zugestimmt. Zur Abstimmung wird es kommen, weil Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Grüne das Referendum ergriffen haben. Sie sprechen von einem Sozialabbau, der jene Personen bestrafe, die sowieso schon am meisten unter Krise litten.

Lehnt das Volk die Revision ab, muss der Bundesrat die Lohnabzüge per Anfang 2011 erhöhen, weil die ALV die gesetzlich zulässige Verschuldungsquote überschritten hat. Ohne Sparmassnahmen würde diese Prämienhöhung allerdings höher ausfallen, als es mit der Revision geplant ist.

ministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Neben dem Klima des Misstrauens leide der Bundesrat auch noch an Gärtchenwirtschaft, was zu Lasten der Gesamtsicht gehe, schreiben die Geschäftsprüfer weiter.

Lob und Tadel setzt es im Bericht für die Finanzmarktaufsicht (Finma) ab. Sie habe das milliardenschwere Rettungspaket für die UBS vom Oktober 2008 zusammen mit der Nationalbank gut

vorbereitet und durchgeführt. Auch die Tragweite des US-Steuerkonflikts habe die Finma früh erkannt. Bei dessen Untersuchung habe sie sich aber massgeblich auf einen von der UBS selbst in Auftrag gegebenen Bericht gestützt, was ihre Unabhängigkeit in Frage stelle.

UBS soll ihr Verhalten aufarbeiten

Am Schluss des Berichts finden sich 19 Empfehlungen, 5 Motio-

nen und 2 Postulate. Im Zentrum stehen dabei die Führungsdefizite des Bundesrats. Die GPK will die Landesregierung verpflichten, auch bei geheimen Geschäften in jedem Fall Protokolle anzufertigen. Weiter soll sie ein System zur strategischen politischen Steuerung sowie ein Überwachungs- und Frühwarnsystem einrichten, um die Handlungsfähigkeit in Krisensituationen zu verbessern. Obwohl die parlamentarische

Aufsicht nicht die Kompetenz hat, das Verhalten der UBS zu untersuchen, gab sie auch der Bank Empfehlungen ab. Insbesondere forderte die GPK die UBS auf, ihr eigenes Verhalten im Verlaufe der Krise aufzuarbeiten. RL